

Zustimmung von sorbischer Seite

Bautzen/Nebelschütz (SN/at). Sowohl der Bund Lausitzer Sorben Domowina als auch der Serbski Sejm begrüßen in Pressemitteilungen die Aussagen zum sorbischen Volk im Koalitionsvertrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und SPD für die neue sächsische Staatsregierung und reklamieren jeder für sich, mit eigenen Vorschlägen maßgeblich dazu beigetragen zu haben. Beide heben die Vorhaben Evaluierung sorbischer Bildungsangebote, Anerkennung von Sorbisch als zweiter Fremdsprache oder explizite Berücksichtigung der besonderen Anliegen und Belange der Sorben beim Strukturwandel in der Lausitz hervor.

Mit Blick auf das verankerte Dialogangebot für mehr Mitsprache-, Mitgestaltungs- und Selbstbestimmungsrechte des sorbischen Volkes teilt Sejm-Alterspräsidentin Edith Penk mit, „zügig das Gespräch mit der neuen Regierung wie auch die innersorbische Diskussion hin zu einer Kultur- und Bildungsautonomie unseres Volkes zu suchen“. Als enttäu-

schend bezeichnet es der Serbski Sejm, dass der Domowina in Sachsen weiterhin das Verbandsklagerecht verweigert wird: „Hier ist uns Brandenburg weit voraus.“

Domowina-Vorsitzender Dawid Statnik verweist auf das Bekenntnis der neuen Koalition in Sachsen zum Sorbischen Institut, d. h. zum Vorschlag der Dachorganisation für einen neuen Standort des Sorbischen Kulturarchivs und der Bibliothek. Damit „wollen wir auch erreichen, dass Menschen, die keine Sorben sind, einen besseren Zugang zu unserem Wissen bekommen“, betont Statnik. Ebenso sieht er die Ankündigung, den Staatsvertrag des MDR zu novellieren und den Rundfunkrat „staatsfern und geschlechtlich paritätisch“ besetzen zu wollen, im Kontext mit dem Zweiten Plan der Staatsregierung zur Ermutigung und Belebung des Gebrauchs der sorbischen Sprache, wo sich dieser für einen regulären festen Platz der Sorben im MDR-Rundfunkrat ausspricht.